Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 156 | Dresden, Freitag den 9. Juli 1920 | 31. Jahrg.

Das Rätesystem

Der Vorwärts druckt aus einem demnächst im Verlage des Firns erscheinenden Buche des jetzt aus der U. S. P. ausgeschlossenen Heinrich Ströbel, „Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung", Ausführungen des Verfassers über das Rätesystem, ab. Wir lassen hier einen Teil der Ströbelschen Ausführungen folgen.

Der Idee, Demokratie und Räteorganisation miteinander zu verbinden und zu verschmelzen, standen und stehen alle jene Linkssozialisten ablehnend gegenüber, die erst von der Verwirklichung des „reinen" Rätegedankens die Realisierung des Sozialismus erwarten. Einer der entschiedensten Verfechter des Rätesystems und der Rätediktatur ist neben Däumig der Leipziger Redakteur Kurt Geyer, dessen Argumentation hier kurz wiedergegeben sei. Der Sozialismus, sagt Geyer, kann niemals durch Parlamentsbeschlüsse durchgesetzt oder sonstwie von einer Demokratie dekretiert, sondern nur durch das proletarische Machtinstrument der Räteorganisation durchgeführt werden. Diese Räteorganisation muß aus zwei Körperschaften bestehen: den Arbeiterräten als der politischen Herrschaftsorganisation des Proletariats, die den Gesetzgebungs- und Verwaltungsapparat des Staates zu übernehmen und den Widerstand der herrschenden Klasse zu brechen hat, und den Betriebsräten, die die spezifisch wirtschaftlichen Funktionen zu erfüllen haben. Diese Betriebsräte „müssen das Recht haben, Einblick in die kleinsten Einzelheiten der Betriebe zu nehmen". „Der gesamte Betrieb, seine Rentabilität, die Verteilung des Gewinns an die Unternehmer, die Aktionäre, auf Reservefonds, zur Erweiterung der Produktion, alles das muß den Betriebsräten und damit der Arbeiterschaft der Betriebe bis in die kleinsten Einzelheiten offenliegen ... Es ist erforderlich, daß die Betriebsräte nicht nur mitbestimmenden, sondern entscheidenden Einfluß auf die Betriebe erhalten. Sie müssen entscheiden können über die Entlohnung der Arbeiter, über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern. Der entscheidende Einfluß muß sich überhaupt auf alle Betriebsfragen erstrecken. Sie müssen entscheidende Worte zu sprechen haben in der Frage des Ausbaues, der Steigerung der Produktivität der Betriebe."

Diese Kompetenzen der Betriebsräte sollen nur durch zentrale Organisationen der Betriebsräte beschränkt werden können, durch Bezirksbetriebsräte von einzelnen Industriegruppen, die aus sich heraus wieder Zentralbetriebsräte für jede Industriegruppe wählen. „Diese zentralen Industrieräte, von denen ein jeder einen Industriezweig überblicken und entscheidend beeinflussen wird, müssen schließlich aus sich heraus einen Zentralwirtschaftsrat für das gesamte Reich bilden. Dieser wird dann die oberste wirtschaftliche Instanz der gesamten deutschen Volkswirtschaft bilden. Er muß in enge Beziehungen treten zu der Zentrale der Arbeiterräte. Bei ihm wird das gesamte statistische Material über die gesamte deutsche Produktion zusammenlaufen. Er wird die Möglichkeit haben, die gesamte Produktion zu überblicken und zu organisieren und die Produktion dem Gesellschaftsbedarf anzupassen."*

Wie diese „großzügige Organisation im einzelnen durchzuführen" sei, das erklärt Kurt Geyer „neben der grundsätzlichen Einführung dieses Rätesystems und der Feststellung seiner Befugnisse" für „eine Frage zweiten Ranges". Und auch Däumig erklärt immer wieder, daß sich das alles schon von selbst ergeben werde: „Da die Räteorganisation das Kind revolutionärer Epochen ist, wird sie niemals fix und fertig in schön paragraphierten Satzungen in Erscheinung treten." Und weiter: „Im Rätesystem soll zunächst die Diktatur des Proletariats organisatorisch vorbereitet werden. Zum zweiten soll mit ihm die politische Macht erkämpft und zum dritten nach erfolgtem Siege der Diktatur des Proletariats im Wirtschaftsprozeß wie im Staatsapparat durchgeführt werden."** Däumig sowohl wie Geyer und die andern unabhängigen Propagandisten des Rätesystems rechnen also mit einem Entwicklungsprozeß von keineswegs geringer Dauer. Erst wenn durch ein allmählich aufzubauendes Rätesystem die politischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen dazu geschaffen worden sind, kann ihrer Meinung nach die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden.

Danach wäre also festzustellen, daß das Rätesystem, das in der Agitation der deutschen Linksunabhängigen und Kommunisten eine so große Rolle spielt, keineswegs einen unmittelbaren, sofort funktionsfähigen Ersatz der Demokratie und des Kapitalismus darstellt! Die logische Folgerung ist, daß es nicht von heute auf morgen improvisiert, sondern erst allmählich aufgebaut werden kann. Dann ist aber auch nicht zu bestreiten, daß die Demokratie und mindestens ansehnliche Reste des heutigen Wirtschaftssystems vorläufig gar nicht entbehrt werden können. Nach Däumig ist ja die Diktatur des Proletariats erst dann möglich, wenn sie durch das Rätesystem organisatorisch hinlänglich vorbereitet ist, und das Rätesystem hinwiederum kann erst durch die praktische Betätigung im Wirtschaftsprozeß ein lebensfähiges und tragfähiges Gebilde werden. Aber selbst wenn die deutsche Arbeiterklasse heute schon die politische Diktatur erobern könnte: an eine durchgreifende Sozialisierung der Produktion wäre gerade nach Ansicht der deutschen Rätetheoretiker nicht eher zu denken, als bis sich das Proletariat mit seinen schwierigen und komplizierten wirtschaftlichen Funktionen hinlänglich vertraut gemacht hätte. Auch Kautsky sagt ja in dem Jahrbuch „Die Revolution": Je weniger wir uns heute den Luxus von Lehrgeld erlauben dürfen, desto notwendiger wird es, jede Sozialisierung genau vorzubereiten. Nichts ökonomisch ruinöser, als die überhastete, schablonenhafte Manier der Sozialisierung, wie sie in Rußland und Ungarn vorgenommen wurde.

Kautskys Warnung von einer Nachahmung der russischen Sozialisierungsmethoden ist um so begründeter, als in Deutschland Industrie und Handel einen ganz andern Anteil an der Volkswirtschaft und einen unendlich viel größeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung umfassen, als in dem Agrarland Rußland. Bereits im Jahre 1907 waren in den gewerblichen Betrieben allein 14 348 000 Personen beschäftigt. Während heute in der ganzen Industrie Sowjetrußlands nicht viel mehr als eine Million Arbeiter beschäftigt sein sollen, gab es in Deutschland schon vor 13 Jahren — eine neuere Berufs- und Gewerbezählung liegt nicht vor — allein in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie weit über doppelt so viel Arbeiter. In den Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern waren annähernd 4½ Millionen Personen beschäftigt. Der deutschen Stadtbevölkerung gehörten 1910 60 v. H. der ganzen Bevölkerung an, der Landbevölkerung nur 40 v. H. Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung wohnte in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, 34,2 v. H. in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern. Jede weitere Störung der ohnehin so schwer zerrütteten Volkswirtschaft, jede Verzögerung ihres Wiederaufbaues müßte deshalb ungeheure Katastrophen über das deutsche Volk bringen.

* Kurt Geyer, Sozialismus und Rätesystem.
** Die Revolution, Unabhängiges Jahrbuch 1920.

Annahme der Ententebedingungen

Spa, 9. Juli. Wie der Vertreter des W. T. B. erfährt, ist die deutsche Regierung einstimmig zu dem Beschluß gekommen, die von der Entente in der gestrigen Konferenz gestellten Bedingungen in der Frage der Entwaffnung und der Herabsetzung der Heeresstärke anzunehmen. Die vorgesehenen Strafbestimmungen bei Nichterfüllung dieser Bedingungen seien jedoch eine Abänderung des Versailler Friedensvertrages, zu deren Unterzeichnung die deutsche Regierung der vorherigen Zustimmung der gesetzgeberischen Faktoren bedürfe. Man hofft, daß in der heutigen Sitzung der Konferenz eine Formel gefunden wird, welche diesen Bedenken der deutschen Regierung Rechnung trägt.

Berlin, 8. Juli. Gestern fand hier unter Beisein des Reichspräsidenten eine Besprechung der hier anwesenden Mitglieder des Kabinetts über die Lage in Spa statt. Daran knüpfte sich eine Aussprache mit den Parteiführern, an der auch Mitglieder des preußischen Kabinetts teilnahmen. Für heute morgen 8 Uhr war eine gemeinsame Sitzung des Haushaltausschusses und des Reichsrats einberufen. Die Besprechungen waren streng vertraulich.

Gegen die Strafbestimmungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 9. Juli. Der Hauptausschuß des Reichstags und des Reichsrats hielt heute morgen eine zweistündige, streng vertrauliche Sitzung ab. Den Vorsitz führte der mehrheitssozialistische Abgeordnete Heimann. In der Aussprache erhielten die Vertreter aller Parteien das Wort. Für die Mehrheitssozialisten sprach Hermann Müller, für die Demokraten Dr. Schiffer, für die Volkspartei Geheimrat Dr. Rießer, für die Deutschnationalen Dr. Helfferich und für die Unabhängigen Crispien. Und nach diesem Henke. So verschieden die Ansichten über die Bedingungen der Entente waren, in einem Punkte waren sich sämtliche Parteien einig, daß die Strafbedingungen nicht erträglich seien. Darin machten auch die Vertreter der Unabhängigen keine Ausnahme. Die Aussprache nahm stellenweise einen erregten Verlauf. Die Entscheidung soll dem Kabinett in Spa überlassen werden. Es darf unterschrieben werden.

Fochs Diktatur über Europa

Amsterdam, 8. Juli. In dem letzten Aufsatz seiner Artikelserie über Deutschland zieht Gardiner (der Herausgeber der Daily News, der vor kurzem in Deutschland weilte), die Schlußfolgerungen, die sich aus diesen Untersuchungen ergeben, und schreibt unter anderem:

„Die Franzosen hatten zweierlei Ziele, die sich miteinander nicht vereinigen ließen. Das erste war, Deutschland zu zermalmen und in Stücke zu brechen, es mit einem „Sanitätskorden" von Feinden zu umgeben und ihm die Quellen seiner Macht und seines industriellen Lebens zu nehmen. Das zweite war, von Deutschland ungezählte Milliarden zu erlangen. Deutschland sollte erst zerstört werden und dann bezahlen. Gerade jetzt ist Frankreich — wie ich bei meinen Untersuchungen festgestellt habe — dabei, eine gewaltige Propaganda in Oberschlesien zu treiben, damit dieses Kohlengebiet sicher an Polen fallen möge, um so die wirtschaftliche Schlinge um Deutschland enger zu schnüren. Diese Deutschland gegenüber verhängnisvolle Politik der militärischen Einkreisung, wirtschaftlichen Erdrosselung einerseits, unbegrenzter finanzieller Ansprüche anderseits hat Europa zum Verderben gereicht. Wenn es noch Zeit ist, dann gibt es nur ein Heilmittel: die französische Politik, die Europa in seine jetzige Lage gebracht hat, muß vollständig in ihr Gegenteil verwandelt werden. Die Diktatur über Europa muß den Händen des Marschalls Foch entzogen werden, und die Politik, die vor 18 Monaten durch Paris hätte eingeleitet werden sollen, muß in Spa zur vollen Geltung gebracht werden. Diese Konferenz bietet Europa die letzte Rettungsmöglichkeit, ein ganz neuer Geist muß zur Herrschaft kommen. Die Zeit des Auferlegens unmöglicher Bedingungen an den Feind ist vorüber. Deutschland muß als Schuldner behandelt werden. Seine Verbindlichkeiten müssen festgesetzt werden, nicht entsprechend den [illegible] Phantasien von Demagogen, die noch ihren Wählern schmeicheln, sondern auf Grund sachkundiger Untersuchungen entsprechend der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des Schuldners. Aber Spa ist nur ein Anfang. Der Oberste Rat hat schon zu lange gelebt. An seine Stelle muß ein Rat Europas treten, ein Rat, in dem Gleichberechtigte für die gemeinsame Rettung arbeiten."

Die polnischen Heere auf der Flucht

Tilsit, 9. Juli. Die Bolschewisten haben an der Nordfront nach schweren Kämpfen die polnische Linie durchbrochen. An drei Uebergängen wurde schon die Beresina überschritten. In Wilna ist eine unbeschreibliche Panik ausgebrochen. Die polnischen Okkupationsbehörden räumten die Stadt fluchtartig. In Litauen herrscht große Besorgnis wegen des bolschewistischen Sieges. Litauische Truppen sind nach der Ostgrenze abgegangen.

Helsingfors, 9. Juli. Nach eingetroffenen Berichten ist die militärische Lage der Polen verzweifelt. Südlich von Proskurow sind die Russen erneut durchgebrochen, und zwar in Richtung Tarnopol und Lemberg. Das alte Festungsdreieck von Rowno, Dubno und Luck ist ohne jeden Schuß [illegible]. Von den Karpathen bis zur Beresina befinden sich die polnischen Heere in völliger Auflösung auf der Flucht.

Keine polnischen Truppenversammlungen an der preußischen Grenze

Allenstein, 9. Juli. Die interalliierte Kommission hat infolge der im Lande verbreiteten Gerüchte über polnische Truppenansammlungen an der Grenze des Abstimmungsgebietes eine Anfrage an die polnische Regierung gerichtet, auf die diese geantwortet habe, daß sie die Nachrichten als völlig unbegründet betrachte.

Beilegung der Lohnstreitigkeiten

Berlin, 9. Juli. Im Reichsarbeitsministerium hat unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Badenstein mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der oberschlesischen Berg- und Hüttenindustrie eine Sitzung stattgefunden, in der es gelungen ist, die seit mehreren Wochen schwebenden Lohnstreitigkeiten beizulegen. Es wurde die Vereinbarung getroffen, daß zu den tariflich seit April geltenden Löhnen der im Schiedsspruch des Zentralen Ausschusses Gleiwitz für die einzelnen Arbeiterkategorien festgesetzte Zuschlag entsprechend der im Monat Mai und Juni 1920 im Durchschnitt verfahrenen Schichtenzahl einmalig zusätzlich auf die Monate April, Mai und Juni 1920 gezahlt werden soll. Die Auszahlung erfolgt mit der Juniablöhnung. Nachdem der Arbeitgeberverband die Vereinbarungen nunmehr angenommen hat, ist auch die Zustimmung der Belegschaften nicht zweifelhaft und kann die Lohnbewegung im oberschlesischen Bergbau als beendet angesehen werden.

Entwaffnung oder Einmarsch

Die gestrige Sitzung der Konferenz in Spa wurde um 3½ Uhr im Schlosse de la Freineuse eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Verbündeten mit, daß Deutschland, sofern es sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehr und Sicherheitswehr schreite, für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von sechs Monaten zugebilligt sei. Die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Raten, bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000, bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann stattzufinden. Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage des Verbandes darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien. Lloyd George entgegnete, daß die Verbündeten darauf bestünden, daß wir das Ergebnis mit diesen Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärt Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben. Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt.

Die der deutschen Delegation als Ergebnis der Beratung der Verbündeten übergebene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Unter der Bedingung, daß Deutschland

a) sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreitet;

b) eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der die sofortige Ablieferung aller Waffen gefordert wird, die in den Händen der Zivilbevölkerung sind, und die für den Fall der Zuwiderhandlung wirksame Strafen vorsieht, im Falle, daß die Befugnisse, die die Regierung trotz des [illegible] nach dieser Richtung hin ungenügend sein sollten, müßten unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, die die Befugnisse der vollziehenden Gewalt auf diesem Gebiete verstärken;

c) sofort alle die Maßnahmen in Angriff nimmt und ergreift, die notwendig sind, um die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und um das Heer auf der Grundlage der langfristigen Dienstzeit aufzubauen, so wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist;

d) den Verbündeten alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und alles sonstige Kriegsgerät, das über die im Friedensvertrag zugelassenen Mengen hinausgeht, zum Zwecke der Zerstörung ausliefert und den Verbündeten bei der Zerstörung behilflich ist;

e) die Anwendung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrags über die Seemacht und über die Luftfahrt sicherstellt, die noch keine Ausführung gefunden haben,

erklären sich die Verbündeten damit einverstanden,

1. die Frist, die für die Verminderung der Streitkräfte der Reichswehr vorgesehen ist, bis zum 1. Oktober zu verlängern. Zu diesem Zeitpunkt muß das Heer auf 150 000 Mann beschränkt sein und [illegible] Reichswehrbrigaden umfassen. Die Verbündeten erklären sich weiter mit einer zweiten am 1. Januar 1921 ablaufenden Frist einverstanden. Zu diesem Zeitpunkt muß die Ermäßigung der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200709/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG